



Jürgen Kerner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Mai: UNSER TAG. Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2013 in Bamberg

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
herzlichen Willkommen am Bamberger „Goblmoos“!

Und herzlichen Dank, dass Ihr Euch heute die Zeit nehmt, den Tag der Arbeit 2013
gemeinsam zu feiern!

„*Unser Tag: Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa*“ – so lautet das Motto des
Deutschen Gewerkschaftsbundes für den 1. Mai 2013.

Und in der Tat: Heute steht die Würde der arbeitenden Menschen im Mittelpunkt!

Heute ist *unser* Tag, Kolleginnen und Kollegen!

2. Mai 1933

Ich bitte Euch, kurz innezuhalten und den Kolleginnen und Kollegen zu gedenken,
die im dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte die Werte und Ziele der
Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verteidigt haben.

Heute vor 80 Jahren haben die Nationalsozialisten den 1. Mai 1933 als „Feiertag der
nationalen Arbeit“ inszeniert.

Am 2. Mai 1933 besetzten und verwüsteten SA-Kommandos im ganzen Land
Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen.

Auch das Bamberger Gewerkschaftshaus, damals am Schillerplatz nur wenige
hundert Meter von hier entfernt, wurde von der SA besetzt und beschlagnahmt.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden von den Nazis verhaftet,
verschleppt, gefoltert und ermordet.

Am 2. Mai 1933 zerschlugen die Nazis die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Trotzdem: Viele Kolleginnen und Kollegen gingen in den Widerstand gegen die
Nazis. Sie nahmen dafür große Risiken, Folter und ihren Tod in Kauf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

stellvertretend für sie alle nenne ich Wilhelm Leuschner, der am 29. September 1944 von den Nazis in Berlin-Plötzensee hingerichtet worden ist.

Am Tag vor seiner Hinrichtung sagte er zum ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Gustav Dahrendorf, der auch in Plötzensee inhaftiert war: „Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit.“

„Schafft die Einheit“ – das geht mir ganz persönlich immer durch den Kopf, wenn ich in Frankfurt in die Wilhelm-Leuschner-Straße einbiege, wo der IG Metall Vorstand sitzt.

„Schafft die Einheit“ – das hat Wilhelm Leuschner uns allen ins Stammbuch geschrieben.

Und wir haben die Lektion gelernt, Kolleginnen und Kollegen.

Als Gewerkschaften im DGB handeln wir gegen Rechtsextremismus, gegen Rassismus und Intoleranz.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im DGB tragen wir Verantwortung für die Gestaltung einer demokratischen und freien, einer sozialen und gerechten Gesellschaft.

Und das unterstreichen wir heute auf den Maikundgebungen in ganz Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unveräußerliche Grundlage einer demokratischen und freien, einer sozialen und gerechten Gesellschaft ist die Würde des Menschen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So steht es im Artikel 1 Absatz 1 unseres Grundgesetzes. Das wisst Ihr alle.

Das darf aber natürlich nicht nur abstrakt gelten. Das muss auch ganz konkret gelten, zum Beispiel am Arbeitsplatz.

Und obwohl die Menschenwürde oberstes Prinzip des Grundgesetzes ist, müssen wir alle nicht lange nachdenken und uns fallen Beispiele aus unserer eigenen

Arbeitswelt ein, wo die Würde des Menschen doch angetastet worden ist. Wo der Mensch hinter Gewinn und Marge anstehen musste.

Schauen wir nach Griechenland, Spanien oder Portugal, dann müssen wir feststellen: Die Zeche für das Versagen der Banken und Finanzmärkte kriegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die sozial Schwächeren aufgebrummt! Ihre Würde wird dem Finanzkapitalismus geopfert!

Kolleginnen und Kollegen, umso mehr müssen wir unser heutiges Motto betonen: *„Unser Tag: Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa“.*

Gute Arbeit – das heißt für uns zuerst eine neue Ordnung der Arbeit.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist so tief gespalten wie noch nie. Die Arbeitsarmut nimmt immer mehr zu. Denn immer mehr Menschen arbeiten, aber immer mehr zu schlechten Löhnen und unter schlechten Bedingungen.

Damit muss endlich Schluss sein! Wir wollen für alle Menschen ein gutes und sicheres Einkommen für ein Leben in Würde!

Mit unserer Tarifpolitik gestalten wir sehr viele Bereiche der Arbeit selbst.

Doch auch die Politik muss handeln. Und ich verspreche allen Parteien: Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden bei der Landtagswahl in Bayern am 15. September und bei der Bundestagswahl am 22. September genau hinschauen.

- Wir erwarten, dass die Rechte und die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gestärkt und ausgebaut werden.
- Wir erwarten mehr und besser geschützte, unbefristete und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse.
- Wir erwarten, dass dem Niedriglohnsektor und schlechter Arbeit wirkungsvoll entgegengetreten wird.
- Wir erwarten, dass Arbeitslosigkeit bekämpft und Arbeitslose wirksam unterstützt werden.

Ich werde gern noch etwas konkreter:

1. Wir erwarten – erstens – eine Verbesserung des Kündigungsschutzes und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.
2. Wir erwarten – zweitens – ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, das diesen Namen auch verdient! Das geplante Datenschutzgesetz, das für die Beschäftigten zu massiven Verschlechterungen geführt hätte, haben wir verhindert. Was wir wollen, ist ein wirksamer Schutz von Grundrechten am Arbeitsplatz.
3. Wir erwarten – drittens – besseren Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gegen Stress und Burnout. Arbeit wird immer grenzenloser. Vor allem die psychischen Belastungen nehmen zu. Das haben wir Gewerkschaften längst zum Thema gemacht. Da aber die Arbeitgeber nicht hören wollen, müssen sie wohl fühlen. Wir erwarten von der Politik eine entsprechende Verordnung.
4. Kolleginnen und Kollegen, Leben ist mehr als Arbeit! Deshalb erwarten wir – viertens – eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von Freizeit und Beruf. Frauen und Männer wollen und sollen in der Lage sein, gleichzeitig erwerbstätig zu sein und Fürsorgeverantwortung zu tragen. Der Staat muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen und zum Beispiel Ganztagsbetreuung und Ganztagschule deutlich ausbauen.
5. Wir erwarten – fünftens – endlich die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt. Deutschland hat heute die bestausgebildete Frauengeneration. Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt es, dass Frauen weniger verdienen als Männer.
6. Sechstens erwarten wir für junge Menschen einen guten Einstieg ins Berufsleben und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Mit prekären Jobs und Praktika muss Schluss sein! Bei den jungen Leuten liegt das so dringend notwendige Fachkräftepotenzial der Zukunft!
7. Aber, Kolleginnen und Kollegen, auch das Fachkräftepotenzial für heute und morgen muss gesichert sein. Deshalb erwarten wir – siebtens – einen Ausbau der Weiterbildung und Qualifizierung. Für alle! Und nicht nur für die schon gut Qualifizierten, wie es heute in vielen Betrieben gang und gäbe ist.
8. Achtens erwarten wir eine Reform der Minijobs. Minijobs sind ein extremer Niedriglohnsektor. Sie sind eine Armutsfalle, Altersarmut inbegriffen. Deshalb sagen wir klar und deutlich: Minijobs müssen von der ersten Stunde an

sozialversicherungspflichtig sein. Das würde vielen Geschäftsmodellen, die auf Minijobs beruhen, die Grundlage entziehen.

9. Und neuntens erwarten wir die Unterbindung des Missbrauchs bei Werkverträgen. Wie Ihr wisst, hat die IG Metall die Leiharbeit zu einem zentralen Thema der Tarifrunde 2012 gemacht. Als DGB-Gewerkschaften haben wir bei der Leiharbeit schon einige Pflöcke eingeschlagen. Doch kaum sind wir hier unserem Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ deutlich näher gekommen, missbrauchen die Arbeitgeber Werkverträge für Niedriglöhne. Wir erwarten bei Werkverträgen eine Stärkung der Betriebsräte, damit sie Missbräuche unterbinden können.
10. Schließlich erwarten wir – zehntens – einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro! Heute arbeiten rund fünf Millionen Menschen zu Stundenlöhnen unter 8,50 Euro, mehr als eine Million sogar zu Stundenlöhnen unter 5 Euro. Von solchen Hungerlöhnen kann niemand leben. Altersarmut ist vorprogrammiert. Die Steuerzahler kostet das Aufstocken auf Hartz-IV-Niveau sieben Milliarden Euro im Jahr.

Kolleginnen und Kollegen,

natürlich wollen die Gewerkschaften gute Tarifabschlüsse machen. Aber wenn sich die Arbeitgeber verweigern, sind nun mal gesetzliche Maßnahmen notwendig!

Gesetzliche Maßnahmen müssen natürlich vernünftige Lösungen bringen. Und nicht die Probleme noch verschärfen!

Wie die Rente mit 67.

Kolleginnen und Kollegen,

wir kämpfen weiter für soziale Sicherheit im Alter! Und haben die breite Mehrheit der Bevölkerung hinter uns!

Als IG Metall haben wir eine repräsentative Befragung bei TNS-Infratest in Auftrag gegeben.

Ergebnis: Für 79 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung ist das Thema Rente „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ für ihre Entscheidung bei der Bundestagswahl 2013! Und rund 80 Prozent sind der Meinung, dass die Rentenpolitik in die falsche Richtung geht und ein grundlegender Kurswechsel notwendig ist!

Sie haben Recht!

Wir haben unsere Betriebsräte befragt. Im Organisationsbereich der IG Metall sind nicht einmal vier Prozent der Beschäftigten über 60 Jahre und nur knapp ein Prozent über 63 Jahre.

Kolleginnen und Kollegen,

das verdeutlicht einmal mehr, dass die Rente mit 67 nichts anderes ist als gesetzlich fixierte Altersarmut! Denn wer mit 60 oder 63 Jahren raus muss, weil er nicht mehr kann – der muss mit Rentenabschlägen rechnen. Das wird verdammt viele treffen!

Deshalb müssen Alternativen her! Wir fordern von der Politik ein Umsteuern bei der Rentenpolitik und von den Arbeitgebern mehr altersgerechte Arbeit. Notwendig ist eine Offensive zur *alternsgerechten* Gestaltung der Arbeitswelt, damit Ältere gesund bis zur Rente arbeiten können.

Notwendig sind gleichzeitig Ausstiegsoptionen, die von den unterschiedlichen Situationen von Beschäftigten und Betrieben ausgehen.

Dazu gehört eine neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit. Dazu gehört der erleichterte Zugang zu einer generell abschlagsfreien Erwerbsminderungsrente. Und dazu gehört der abschlagsfreie Ausstieg für Beschäftigte mit langen Versicherungszeiten.

Kolleginnen und Kollegen,

wir werden weder die Arbeitgeber noch die Politik aus der Verantwortung lassen. Alle Beschäftigten brauchen eine Rente, die vor Armut schützt und nach einer normalen Erwerbsbiografie den Lebensstandard sichert. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!

Kolleginnen und Kollegen,

selbstverständlich ist für uns auch, dass wir über unseren Tellerrand hinausschauen.

Die Euro-Krise ist nicht vorbei. Ganz im Gegenteil: Die sogenannte Antikrisenpolitik hat Südeuropa in eine Rezession getrieben. Ein Teufelskreis aus radikaler Spar- und Kürzungspolitik, sinkenden Einkommen, fallender Nachfrage und Wirtschaftsleistung sowie hoher Arbeitslosigkeit ist entstanden.

Aus der einstigen Bankenkrise ist längst eine soziale Krise geworden.

In Griechenland ist jeder vierte ohne Arbeit, von den jungen Menschen knapp 60 Prozent. Auch in Spanien und Portugal sind die Zustände dramatisch.

Es ist wirklich fünf vor zwölf, Kolleginnen und Kollegen. Denn wenn wir die jungen Leute verlieren, dann verlieren wir Europa. Und damit unsere Zukunft!

Schaut euch einmal um hier auf dem Platz. Und stellt euch vor, wie das wäre: jeder vierte Erwachsene und mehr als jeder zweite junge Mensch ohne Arbeit.

Und wohin steuert die Politik? Mit dem sogenannten Europäischen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit sollen die Krisenländer das Arbeitsrecht schleifen, Löhne senken und die Gewerkschaften schwächen.

Die Staatsschuldenkrise ist eine Folge der Bankenkrise, der hemmungslosen Zockerei auf den Finanzmärkten. Aber das Kürzen und Sparen trifft *nicht* diejenigen, die die Krise verursacht haben. Nein, die Zeche der Banker zahlen die Beschäftigten, die Erwerbslosen, die Rentnerinnen und Rentner.

Gerechtigkeit, Kolleginnen und Kollegen, Gerechtigkeit geht anders.

Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen auch in Deutschland aufpassen. Die EU-Kommission überwacht auf Basis des Fiskalpaktes die Lohnentwicklung in ganz Europa. Dabei hat Brüssel nun auch unsere grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie ins Visier genommen.

Ich sage heute noch im Guten: Finger weg!

Ich erinnere aber auch an das Alte Testament, Hosea, Kapitel 8, Vers 7: „Denn sie säen Wind und werden Sturm ernten.“

Ja, wer Wind sät, wird Sturm ernten! Das verspreche ich, Kolleginnen und Kollegen.

Wer aber Europa stärken will, der muss die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken. Wer Europa stärken will, der muss für Investitionen sorgen und für gute Bildung und Ausbildung. Wer Europa stärken will, der muss einen Kurswechsel für Investitionen und neue Jobs einläuten und durchsetzen.

Die deutschen Gewerkschaften haben ein Zukunftsprogramm ausgearbeitet, ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm. Wir nennen es *Marshallplan für Europa*.

Wir wollen, dass in den nächsten zehn Jahren für alle EU-Staaten Jahr für Jahr 260 Milliarden Euro in die Hand genommen werden und damit unsere Zukunft aufgebaut wird. Wir wollen dafür die Spekulanten in die Pflicht nehmen: Ihre Geschäfte sollen besteuert werden, um das zu leisten. Das ist nur recht und billig, wenn man sieht, was sie angerichtet haben.

Kolleginnen und Kollegen,

selbstverständlich muss auch der Euro endlich nachhaltig stabilisiert werden. Die versprochenen Regulierungen der Finanzmärkte, die bislang nur zaghaft oder gar nicht umgesetzt wurden, müssen in Angriff genommen werden.

Und Europa braucht einen neuen Sozialvertrag. Den sozialen Grundrechten gebührt Vorrang vor Binnenmarktfreiheiten. Die Tarifautonomie ist zu respektieren und zu stärken. Die Jugend braucht eine faire Chance auf gute Arbeit und ein gutes Leben!

Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland ist der Anker im Euroraum. Und dass sich Deutschland besser behauptet als viele andere Mitgliedsstaaten, liegt an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

20 Prozent unserer Exporte gehen in die USA, nach Großbritannien und China. Aber 40 Prozent unserer Exporte gehen in den Euro-Raum. Für mich ist klar: Deutschland

ist im Guten wie im Schlechten auf Europa und die gemeinsame Währung angewiesen.

Deshalb habe ich eine große und wichtige Bitte, Kolleginnen und Kollegen: Macht denjenigen diese Zusammenhänge klar, die meinen, wir sollten uns vom Euro verabschieden. Helft mit, dass sie nicht den Rattenfängern dieser neuen Partei auf den Leim gehen!

Wahr ist, dass der Euro-Raum der Heimatmarkt der deutschen Industrie ist. Und nur ein starker Heimatmarkt schafft die Basis für einen starken Auftritt der europäischen Industrien auf den globalen Märkten. Auch deshalb brauchen wir den *Marshallplan für Europa*.

Den vielen politischen Worten müssen nun endlich Taten folgen: Die Dominanz der Finanzmärkte muss zurückgedrängt, realwirtschaftliche Investitionen müssen gefördert werden, auch über öffentliche Finanzierungswege vor allem für mittelständische Unternehmen.

Notwendig ist eine nachhaltige Industriepolitik, damit Europa wieder wirklich stabil wird.

Die industrielle Wertschöpfung ist die wesentliche Quelle des Wohlstands. In Deutschland. In Europa.

Also muss auch etwas getan werden, damit sich die Industrie weiter entwickeln kann. Weiter entwickeln in Richtung nachhaltiges Wirtschaften. Weiter entwickeln in Richtung industrielle Zukunftsfelder. Die Arbeitsplätze von morgen hängen davon ab, ob heute in die Nachhaltigkeit der industriellen Produktion investiert wird. Zum Beispiel in die Energiewende und in die Elektromobilität.

Kolleginnen und Kollegen,

Anfang Dezember 2012 hat die IG Metall zum internationalen Kongress „Kurswechsel – für ein gutes Leben“ nach Berlin eingeladen.

Über 800 Menschen aus 60 Ländern kamen in die deutsche Hauptstadt und diskutierten heftig und leidenschaftlich.

Wer einen Kurswechsel zu Nachhaltigkeit und guter Arbeit in Industrie und Wirtschaft durchsetzen will, der darf sich nicht mit einer passiven Anpassung an den Wandel wirtschaftlicher Rahmenbedingungen begnügen.

Der Markt wird es nicht richten! Nachhaltigkeit wird eben nicht ein Ergebnis der „unsichtbaren Hand“ sein.

Im Gegenteil: Notwendig ist die sichtbare Hand, also die bewusste Gestaltung.

Und Gestaltung erfordert die Koordination zwischen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften – sprich: industriepolitische Plattformen.

Nur so können zum Beispiel die nötigen öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Bildung sinnvoll verbunden werden mit privaten Investitionen in den Unternehmen.

Beispiel für eine solche Kooperationsstruktur ist die Nationale Plattform Elektromobilität.

Kolleginnen und Kollegen,

damit das klar ist: Eine gute Industriepolitik kann nur mit Einbindung der Gewerkschaften und Mitbestimmung funktionieren. Wer eine motivierte Belegschaft will, der muss auch den Willen der Beschäftigten im Betrieb zur Geltung zu bringen.

Und damit auch das klar ist: Hochwertige und wettbewerbsfähige Industriefertigung widerspricht prekärer Beschäftigung!

Deutschland zeichnet sich dadurch aus, dass in den Produktionshallen und Werkstätten, in den Büros und im Außendienst, in den Entwicklungs- und Designabteilungen der Unternehmen sowie an Hochschulen und Forschungseinrichtungen Menschen mit bester Ausbildung arbeiten.

Und die sind selbstverständlich auch anständig zu entlohnen.

Das müssen die Arbeitgeber endlich kapieren. Auch bei Bosch in Bamberg.

Ihr wisst alle, dass es bei Bosch um die Standortsicherung geht.

Der Betriebsrat hat einen vernünftigen Vorschlag vorgelegt. Und was machte die Werkleitung? Statt die Zukunft des Standorts gestalten zu wollen, wollte sie auf Kosten der Beschäftigten herumdoktern und damit die kurzfristige Bilanz schönen.

- Die Werkleitung will eine Leiharbeitsquote von 15 Prozent. Das würde 1.060 weniger Festangestellte bedeuten.
- Die Werkleitung will faktisch 38,5-Stunden-Woche einführen, indem 10 Prozent der Mehrarbeit bezahlt werden und nicht mehr auf Zeitkonten einfließen. Das hieße 700 Beschäftigte weniger.
- Die Werkleitung will die 40-Stünder von 2,4 heute auf 30 Prozent erhöhen. Das würde 170 Arbeitsplätze kosten.
- Insgesamt wären nach der Berechnung des Betriebsrats 2.230 Kolleginnen und Kollegen von einem Arbeitsplatzverlust bedroht! 2.230 von heute 6.300.

Geht's noch?

Kolleginnen und Kollegen,

die Beschäftigten und der Betriebsrat haben Druck aufgebaut. Unterstützt von der IG Metall in Bamberg. Es gab Betriebsversammlungen, an denen nahezu alle Beschäftigten teilgenommen haben.

Ein erster Erfolg ist erreicht. Betriebsrat und Werkleitung sitzen an einem Tisch und führen Gespräche in konstruktiver Atmosphäre.

Ich danke im Namen des IG Metall Vorstands ausdrücklich dem Betriebsrat und der IG Metall vor Ort. Sie haben in einer schwierigen Situation sehr umsichtig gehandelt.

Und ich freue mich, dass von Januar 2013 bis heute mehr als 110 Kolleginnen und Kollegen von Bosch Bamberg der IG Metall beigetreten sind! Herzlich Willkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere Stärke ist unsere Solidarität!

Jetzt liegt es an der Werkleitung, Konzepte mit zu entwickeln, die für die Zukunft taugen. Und in zukunftstaugliche Konzepte muss investiert werden, damit sie langfristig aufgehen.

Deshalb lasst uns heute von hier auch ein Signal an Bosch senden:

- Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen an der Seite der Kolleginnen und Kollegen von Bosch!
- Wir unterstützen die Vorschläge des Betriebsrats zur Standortsicherung!
- Wir fordern die Werkleitung auf, das Morgen mutig zu gestalten statt nur das Heute ideenlos zu verwalten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter lassen uns nicht für blöd verkaufen. Nicht bei Bosch in Bamberg. Und auch nicht bei der Tarifrunde 2013 in der Metall- und Elektroindustrie.

Als IG Metall fordern wir 5,5 Prozent bei einer Laufzeit von einem Jahr und 60 Euro für Auszubildende.

Die Arbeitgeber bieten uns 2 Null-Monate und 2,3 Prozent auf 11 Monate. Macht 1,9 Prozent auf 13 Monate. Für Auszubildende im ersten Jahr bieten sie 20 Euro.

Sollen wir das wirklich ernst nehmen?

Kolleginnen und Kollegen, gestern endete die Friedenspflicht. Unsere Antwort haben die Arbeitgeber schon in der vergangenen Nacht erhalten. Und unsere Antwort wird in den kommenden Tagen *zählbaren* Nachdruck erhalten.

Einen kleinen Vorgeschmack haben unsere Kolleginnen und Kollegen ja schon gegeben. Bei den letzten Tarifgesprächen haben sich in Ludwigsburg und München rund 10.000 Metaller für unsere Forderung eingesetzt.

Kolleginnen und Kollegen, ich verrate Euch was: Wir können mehr!

Wahr ist, dass die Metall- und Elektroindustrie gut da steht. 50 Milliarden Euro Profite weist sie für 2012 aus.

Wahr ist, dass die Konjunktur nicht so schlecht läuft, wie uns die Arbeitgeber glauben machen wollen. Erst letzte Woche wurde in den Medien berichtet, dass die Mittelständler nach einer aktuellen Umfrage optimistisch ins Jahr 2013 und in die Zukunft schauen.

Wahr ist auch, dass die Manager gutes Geld verdienen.

Kolleginnen und Kollegen,

deshalb erwarten wir, dass die Inflation ausgeglichen wird!

Deshalb erwarten wir, dass der Produktivitätszuwachs auch den Beschäftigten zugutekommt!

Deshalb erwarten wir, dass auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Wohlstandsgewinn beteiligt werden!

Deshalb fordern wir 5,5 Prozent!

Unsere Stärke ist unsere Solidarität, Kolleginnen und Kollegen!

Deshalb bitte ich Euch: Nehmt an den Warnstreiks teil! Macht den Arbeitgebern klar, was Ihr von ihrem Angebot haltet! Macht den Arbeitgebern deutlich, was unsere Forderung ist! Verleiht unserer Forderung zählbaren Nachdruck!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute werden die Weichen gestellt für unsere Zukunft. In Deutschland und Europa. Damit das nicht über unsere Köpfe hinweg passiert, müssen wir uns einmischen. Vielleicht müssen wir auch den einen oder den anderen Bereich aufmischen. Zurückhalten jedenfalls dürfen wir uns nicht.

Auch mit Blick auf die Landtagswahl in Bayern und die Bundestagswahl.

Wir sind dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet: Überparteilich, aber nicht neutral!

Und schon gar nicht politisch beliebig! Im Gegenteil: Für uns entscheiden allein die Inhalte. Und unsere Inhalte stehen marktradikaler Politik entgegen!

Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Politik. Und der ist längerfristig als eine Legislaturperiode angelegt. Wir brauchen in Deutschland und Europa eine Politik, die Arbeit achtet, soziale Sicherheit stärkt und ökologische Probleme endlich in Angriff nimmt.

- Wir brauchen eine Neuordnung des Arbeitsmarktes: gute Arbeit und faire Regulierung statt prekärer Arbeit und Niedriglöhne.
- Wir brauchen die Verknüpfung von nachhaltiger Industriepolitik und nachhaltigem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft.
- Wir brauchen in Europa eine aktive Industrie- und Beschäftigungspolitik: realwirtschaftliche Investitionen statt Spekulantentum.
- Wir brauchen mehr Mitbestimmung und die Demokratisierung der Wirtschaft.
- Wir brauchen eine faire Lebens- und Arbeitssituation für die junge Generation.
- Wir brauchen flexible Altersübergänge und die Verhinderung von Altersarmut.
- Wir brauchen Verteilungsgerechtigkeit und die entschiedene Bekämpfung sozialer Ungleichheit.

Lasst uns gemeinsam für unsere Ziele kämpfen!

Heute ist „Unser Tag: Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa“